

## Schwerpunkt Kleine Anfragen

Bunte Buswerbung und neue Busbuchten:  
Was hat die LIEmobil hier «gefahren»?

**Öffentlicher Verkehr** Nicht weniger als sechs Kleine Anfragen in Sachen LIEmobil musste Regierungschef-Stv. Daniel Risch im Oktober-Landtag beantworten. So haben insbesondere die auffällige Buswerbung oder die Realisierung einer Busbucht in Schaan bei den Abgeordneten für Stirnrunzeln gesorgt.

VON HANNES MATT

Die teils aufdringliche Werbung auf den LIEmobil-Bussen hat gleich mehrere Abgeordnete dazu bewogen, ihre Sorgen in Kleinen Anfragen zu äussern. Neben Daniel Oehry (FBP) sind die fahrenden Litfasssäulen auch Erich Hasler (NF) ein Dorn im Auge: «Heute gibt es überhaupt kein einheitliches Erscheinungsbild der Busse mehr. Viel schlimmer noch: Auf den Bussen klebt aufdringliche Reklame, die etwa zum Gang ins Casino einlädt, obwohl vielen Bürgern zwei Casinos schon zu viel sind.» Wo bleibt da der Wiedererkennungswert, fragten beide den zuständigen Regierungschef-Stv. Daniel Risch. Dieser relativierte: «Aktuell weisen 8 der 42 Busse eine Vollbeklebung auf - damit sind mehr als 80 Prozent weiterhin limefarbig.» Es werde als vorteilhafter beurteilt, wenige vollbeklebte anstatt viele teilbeklebte Fahrzeuge zu haben. «Die Farbe Lime als Identitätsmerkmal ist bei der Bevölkerung und den Fahrgästen bekannt und mittlerweile sehr gut verankert, sodass das Erscheinungsbild und die Erkennbarkeit durch die verstärkte Buswerbung im Grundsatz nicht beeinträchtigt werden sollte», so Risch. Und wie schauts für Auswärtige an den Haltestellen in Sargans, Buchs



Bus mit «Ganzkörper-Werbung.» (Foto: ZVG)



Die Busbucht bei der Haltestelle an der Poststrasse in Schaan. (Foto: MZ)

und Feldkirch aus? «Es liegen keine spezifischen Rückmeldungen bezüglich der Erkennbarkeit der Busse an diesen Bahnhöfen vor», antwortete der Vizeregierungschef. «Üblicherweise wird der Bus ja anhand der auf dem Bus angegebenen Liniennummer und des Fahrziels ausgewählt und nicht aufgrund der Farbe.» So sei nicht geplant, die Buswerbung einzuschränken. «Die Regierung begrüsst grundsätzlich die Anstrengungen von öffentlichen Unternehmen, selbstständig Einnahmen zu generieren», so Risch. Rund 250 000 Franken nehme die LIEmobil mit der Buswerbung

ein - verantwortlich für die Vermarktung sei das Vaduzer Medienhaus.

**Busbucht in der Kritik**

Neben weiteren Kleinen Anfragen zur Ausschreibungspraxis oder den Arbeitsbedingungen der Busfahrer wurde der Bau einer Busbucht in Schaan gleich zweifach kritisch beäugt - wiederum von Daniel Oehry und Thomas Lageder (FL). So hätte die LIEmobil entgegen den Wünschen von Vorsteher Daniel Hilti entschieden, bei der neuen Haltestelle «Schaan Zentrum» eine Busbucht zu bauen. Während ungeduldige Auto-

fahrer sich darüber freuen, dass sie beim Ein- und Aussteigen auf der Poststrasse nicht hinter dem Bus warten müssen, ist die Sache für den fleissigen ÖV-Benutzer Oehry klar: «Ich könnte verstehen, wenn sich jemand der Autolobby für eine Bevorzugung der Autos ausspricht, aber der Verwaltungsrat der LIEmobil ist sicherlich nicht für den Seelenfrieden der Autofahrer zuständig.» Lageder hatte ähnliche Kritik schon früher geäussert. Regierungschef-Stv. Daniel Risch gab den Schwarzen Peter weiter: «Die Bushaltestelle wurde im Rahmen der Genehmigung des

Verkehrsregimes St. Peter-Stecker-gass durch die Regierung nochmals hinterfragt.» Seitens der LIEmobil sei jedoch eine Busbucht bevorzugt worden, weil davon ausgegangen wurde, dass es in Fahrtrichtung keinen Stau gibt. «Nachdem es aufgrund der Platzverhältnisse möglich war, eine Bucht zu erstellen, konnte dem Anliegen entsprochen werden», so Risch. Und wie schauts mit der Zeitersparnis für die Fahrgäste aus? Ob Busbucht oder nicht, die Bedienung einer Haltestelle mit kurzem Fahrgastwechsel würde sowieso rund 30 Sekunden dauern. Der Vizeregierungschef erläuterte: «Wenn ein einfacher Fahrscheinverkauf stattfindet, addieren sich rund 20 Sekunden dazu. Die Aufenthaltszeit kann sich verlängern, wenn ein grosser Fahrgastwechsel anfällt, Fahrgäste mit eingeschränkter Mobilität oder mit viel Gepäck unterwegs sind oder wenn der Fahrscheinverkauf aufwendiger ist (aufgrund mehrerer Personen, Beratung, Kleingeld usw.)» Wartezeiten von mehr als einer Minute sind also gut möglich: Das lässt gestressten Autofahrern, die bei einer Haltestelle ohne Busbucht warten müssen, durchaus das Blut in den Kopf steigen - und wenn der ganze Bus grad noch mit knallroter Werbung auf sich aufmerksam macht, ist der Wutausbruch vorprogrammiert.

**Formelle Abstimmung****Was kostet eigentlich eine GPK-Wahl?**

**VADUZ** Die GPK-Wahlen in den Gemeinden haben die Frage aufgeworfen, ob sie in dieser Form noch Sinn machen - auch weil sich zumeist gleich viele Kandidaten zur Verfügung stellen, wie es freie Plätze gibt, oder weil das Grundmandatserfordernis unnötigerweise einen zweiten Wahlgang nötig macht. Deshalb hat sich Thomas Rehak erkundigt, wie viel eine GPK-Wahl überhaupt kostet. Regierungsrätin Dominique Hasler nahm Triesenberg als Beispiel: Laut Gemeindegeschätzungen hat der erste Wahlgang dort insgesamt 7600 Franken gekostet - inklusive Verpflegung der Beteiligten in Höhe von 150 Franken sowie Portokosten von 2000 Franken. Da Letztgenannte aufgrund weiterer Abstimmungen im zweiten Wahlgang am 24. November entfallen, wird die Ehrenrunde in Triesenberg mit rund 720 Franken zu Buche schlagen. Die Zustellcouverts zahlt übrigens das Land. (hm)

**AU-weh****Sind die Kündigungen beim Amt für Umwelt ein Problem?**

**VADUZ** Beim Amt für Umwelt (AU) gibt es eine auffallend hohe Personalfuktuation, wie Erich Hasler (NF) festgestellt hat. Es würden verschiedene Versionen kursieren, die dazu geführt hätten - die Bevölkerung mache sich zu Recht Sorgen. Regierungsrätin Dominique Hasler relativierte: Die Fuktuation liege im Durchschnitt der Landesverwaltung. «Die Austrittsgründe umfassen insbesondere Frühpensionierung, berufliche Neuorientierung oder auch Wunsch nach Weiterentwicklung», so Hasler. «Das Tagesgeschäft war und ist beim AU gewährleistet.» (hm)



120 Vollzeitstellen für MPA gibt es laut Schätzungen in Liechtenstein. (Foto: SSI)

**Keine Lehrstellen für Praxisassistentinnen?**

**Gesundheit** In Liechtenstein absolvierten viel mehr Praxisassistentinnen die schulische statt der dualen Ausbildung.

Trotz der rund 80 Ärzte mit OKP-Zulassung in Liechtenstein würden laut nextstep.li «sage und schreibe null Lehrstellen für angehende Medizinische Praxisassistentinnen (MPA) in Liechtenstein angeboten», wie sich Rainer Beck (VU) in seiner Kleinen Anfrage störte: «Möchte eine junge Frau diesen Beruf erlernen, so ist sie gezwungen, sich auf eine Lehrstelle in der Schweiz zu bewerben oder die MPA-Schule in Buchs zu besuchen.» Der Besuch der Schule kostete knapp 32 000 Franken - als Lehrling würde eine angehende MPA den gleichen Betrag im Jahr verdienen. Regierungsrätin Dominique Hasler wies darauf hin, dass die Ärzteschaft mit Praktikumsplätzen zum Fachkräftenachwuchs beiträgt. Es gebe Lehrstellen, auch wenn sie nicht als freie Stellen gelistet sind. «In den vergan-

genen fünf Jahren wurden dem Amt drei freie Lehrstellen im MPA-Lehrberuf gemeldet», so Hasler. «Jedoch haben im selben Zeitraum insgesamt zwölf Lernende eine solche Berufslehre in Arztpraxen absolviert.» 36 MPA hätten dagegen in den letzten fünf Jahren die schulische Grundbildung absolviert - 26 davon mit einem Praktikumsjahr in Liechtenstein. Im Gegensatz zum monatlichen Lehrlingslohn von 600, 800 und 1100 Franken gibts im Praxisjahr laut Hasler zwischen 1250 und 1600 Franken. Auch würde sich das Land mit einem Pauschalbeitrag für die zwei schulischen Ausbildungsjahre in Höhe von knapp 15 000 Franken beteiligen. Weiter komme der Betrieb für die vertraglich vereinbarten Ausbildungskosten während des Praktikumsjahres auf. (hm)

**Liechtenstein gebärt hauptsächlich in der Schweiz****Wie viel Geld bringt eine Geburtenstation im LLS?**

**VADUZ** Manfred Kaufmann (VU) hat sich in einer Kleinen Anfrage dafür interessiert, wie hoch die Aufwendungen für stationäre Entbindungen in den Nachbarländern im letzten Jahr waren. Wie den Antworten von Regierungsrat Mauro Pedrazzini zu entnehmen ist, lockte es nur wenige Liechtensteiner Versicherte nach Österreich. 12 Kinder seien im Landeskrankenhaus Feldkirch 2018 zur Welt gekommen; die anfallenden Kosten von 74 000 Franken hätten sich die Krankenkassen und das Land zur Hälfte geteilt. Viel mehr Geburten gab es mit deren 329 in der Schweiz. Die dortigen stationären Entbindungen hatten Aufwen-

dungen in Höhe von 3,5 Millionen Franken zur Folge - das ist in etwa gleich viel, wie in den Vorjahren. Der Staatsanteil lag dabei mit 1,9 Millionen etwas höher als derjenige der Krankenkassen mit 1,6 Millionen Franken. Kaufmann fragte zudem, welchen Anteil man durch die Wiedereröffnung der Geburtenabteilung im Land behalten könnte. «Der Geburtenanteil am liechtensteinischen Landesspital (LLS) lag vor Schliessung der Geburtenabteilung bei circa 60 Prozent aller liechtensteinischen Geburten», so Pedrazzini. «Das bedeutet, dass fast zwei Drittel dieser Ausgaben dem Landesspital zufließen könnten.» (hm)

**Zweihundertsiebenundneunzig zu eins****DBA zum Nachteil fürs Land?**

**VADUZ** Dem Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit der Schweiz sei «Dank» Liechtensteiner, zum Beispiel Servicemonteur, die bei einer internationalen Firma in der Schweiz angestellt sind, werden seit 2017 in der Schweiz besteuert, wenn sie an mehr als 45 Arbeitstagen nach Arbeitsende aus beruflichen Gründen nicht nach Liechtenstein zurückkehren. «Für betroffene Personen heisst dies, dass sie wesentlich höhere Steuern in der Schweiz bezahlen müssen, was oftmals eine Anstellung in der Schweiz unattraktiv macht», führte Erich Hasler in einer Kleinen Anfrage aus. Damit hat er nicht unrecht: So zahlt ein verheiratetes Paar mit zwei Kindern und einem Bruttoerwerb von 150 000 Franken beispielsweise in Buchs durchschnittlich 11 Prozent Steuern

- in Liechtenstein sind nur 3,7 Prozent. Da überrascht es kaum, dass 2017 lediglich ein in Liechtenstein wohnhafter Nichtgrenzgänger aufgrund der DBA-Regelung in der Schweiz steuerpflichtig geworden war, wie Regierungschef Adrian Hasler entsprechende Frage beantwortete. Das Ganze gilt auch umgekehrt. Dabei macht es den Anschein, dass Schweizer nur zu gerne etwas länger im Fürstentum bleiben: «Im Steuerjahr 2017 wurden 297 Nichtgrenzgänger, die in der Schweiz wohnhaft sind, in Liechtenstein steuerpflichtig», so der Regierungschef. Erich Haslers Frage, ob wegen der Regelung hierzulande Steuern entgehen, konnte er mit Verweis auf obige Zahlen getrost verneinen: «Vielmehr handelt es sich um Mehreinnahmen für Liechtenstein.» (hm)